

Einige Stichpunkte für eine Einladung zur Vordiskussion über die Gründung von „Was Tun Niedersachsen“ am 22.04. im FZH Stöcken

Von Kathrin

Vorbemerkung: Das Treffen in Stöcken am 22.04., also 2 Wochen vor dem bundesweiten Kongress „Was tun?! DIE LINKE in Zeiten des Krieges“ kann nicht das Ergebnis der Diskussion dort vorwegnehmen, die folgendermaßen angekündigt wurde:

„Auf dem Kongress werden wir unsere Ansprüche an linke Politik heute formulieren. Offen wollen wir darüber sprechen, wie mit dieser Lage umzugehen ist, welche Chancen wir noch in der Partei DIE LINKE sehen, sie wieder auf einen antikapitalistischen und friedenspolitischen Kurs zu drehen, oder welche Chancen ein organisationspolitischer Neuanfang haben könnte.“

Was aber durchaus sinnvoll erscheint, ist, sich bereits jetzt gemeinsam darüber auszutauschen, wie wir uns in Niedersachsen eine breitenwirksame sozialistische Politik jenseits der aktuellen Entwicklungen der Partei DIE LINKE vorstellen. „Was Tun Niedersachsen“, das kann man ja bereits jetzt sagen, wird für die Teile im Erfurter Programm stehen, die sich in der Tradition der sozialistischen/kommunistischen Arbeiterbewegung sehen. Es führt insofern auch die Teile im Erfurter Programm fort, die sich auf die Grundlage der marxistischen Analyse der Klassengesellschaft, der Politischen Ökonomie und des Freiheitsbegriffs der sozialistischen Perspektive stützen. Es wird Aufgabe jeglicher sozialistischer Organisation sein, den demokratischen Charakter einer Auseinandersetzung um strukturelle Verteilungsgerechtigkeit von Beginn an zu leben und die berechtigte Hoffnung auf einen gesellschaftlichen Übergang zum Sozialismus im wahrsten Sinne des Wortes begreifbar und gangbar zu machen.

Zur Anregung der Diskussion stellen wir folgende Fragen in den Raum:

1. Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Dynamiken der imperialistischen Krisenbewältigung = Krieg: Welche Hauptaufgabe ergibt sich daraus?

Wir leben in einem Moment bedeutender Umwälzungen im internationalen Kräfteverhältnis. Die imperialistischen USA erleben gerade ihren beginnenden Niedergang. Ihre beiden mörderischen Zangen, einerseits eine weltumspannende Militärpräsenz mit ihren Erzwirkungskriegen in dreistelliger Zahl seit dem letzten Weltkrieg, andererseits ihr Dollarsystem, das sie über alle wesentlichen internationalen Strukturen (WTO, IWF/Weltbank, G7, EU) etc. zur gnadenlosen Unterwerfung nutzen, greifen vermehrt ins Leere. Ganz besonders der BRICS+-Prozess (mit entscheidenden Anwärtern, inkl. 3 erdölproduzierenden Ländern) sowie die multilaterale Entwicklungsbank, New Development Bank, NDB, die bereits jetzt mit dem Konzept gegenseitiger Hilfe statt knallharter Ausbeutung dem IWF das Wasser abgräbt, spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Dazu kommen verstärkend: die Belt & Road Initiative (im deutschen Sprachraum: Neue Seidenstraße), die Shanghai Cooperation Organisation (SCO), die Eurasische Wirtschaftsunion, die Anstrengungen Lateinamerikanischer Länder um eine eigene Dollar-unabhängige Währung, den „SUR“, die neue sich in Afrika ausbreitende antikolonialistische Politik, die vielen neuen bilateralen Handelsbeziehungen, die in nationalen Währungen abgewickelt werden - sie alle befürworten kapitalistische Entwicklung, koppeln sich aber bewusst vom imperialistischen Dollarsystem ab.

Dies alles führt nicht nur zu einem Multipolarismus, sondern zu einer neuen Blockkonfrontation, die sich aktuell mit weitreichenden Folgen vor unseren Augen vollzieht: Die Konfrontation zwischen einem sich antiimperialistisch definierenden Globalen Süden gegen den imperialistischen Westen, dem natürlich auch die EU, Japan, Korea, Singapur u.a. Staaten zugeordnet werden. Durch den Ukraine-Krieg und die Antwort der imperialistischen Staaten darauf ist für alle offensichtlich, dass es sich um ein verzweifertes und daher unberechenbares Manöver handelt, den Untergang des US-Imperiums wenigstens zu verlangsamen.

Was den US-Imperialismus fast unwiderlegbaren Indizien zufolge nicht daran gehindert zu haben scheint, mit der ihm zugeschriebenen – oder zumindest davon profitierenden - Sprengung der Nordstream-Pipelines und der IRA-Subventionsoffensive (Inflation Reduction Act) der europäischen Wirtschaft schweren Schaden zuzufügen und mit ihrer kriegerischen Chinapolitik Europa das „Decoupling“, die Abkopplung vom chinesischen Markt, somit also das Ende ihres Wohlstand sichernden Chinageschäfts aufzuzwingen. Die bereits eingetretenen Risse in der EU – die US-hörigen „Bukarest 9“ gegen die westliche EU, die vielerorts bereits als „US-Vasallenschaft“ wahrgenommene Haltung der EU-Kommission gegen Kräfte in der EU, die den europäischen Imperialismus wieder gegenüber dem US-Imperialismus stärken wollen, Deutschland gegen Macrons Frankreich, die vielen Aufstände in Europa gegen die ausbeuterische „Kriegswirtschaft“, unsere Bevölkerung, die die Politik der Ampel ablehnt und um finanzielles Überleben im großen Niedriglohnssektor ringt.

Das sind wichtige Konflikte, die jetzt im Raum stehen.

An uns ist es nun, die schwerwiegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser recht rasanten Entwicklung für die unteren Klassen in unserem Land vorwegzunehmen, richtig zu deuten, im Klasseninteresse zu definieren und politisch so vorzugehen, dass sich eine nach und nach anwachsende Klassenbewegung gegen den Krieg und gegen dessen kapitalistische Ursachen aufbauen kann.

2. Ist eine mobilisierende und organisierende Rolle bei einer Massenmobilisierung gegen den imperialistischen Krieg durch einen Landesverband „Was Tun“-Niedersachsen denk- und machbar?

Angesichts der epochalen Umbrüche in der Welt, die eben auch das gesamte deutsche auf Exportwirtschaft getrimmte Wirtschaftsmodell umwerfen, stehen wir vor bisher unbekanntem Aufgaben: in der letzten Woche drohte Finanzminister Lindner mit der unverhohlenen Ankündigung verschärfter Austeritäts-Politik, denn es gäbe ein Haushaltsloch von 14-18 Mrd. € - also ungefähr die Summe, die Deutschland bisher in den Ukrainekrieg gesteckt hat -, was den sofortigen Sozialabbau nach sich zöge. Angesichts der Aussicht auf einen womöglich länger anhaltenden Krieg, in jedem Fall aber auf die Dauer-Subventionierung des ukrainischen Staatshaushalts durch die EU in Höhe von ca. 60 Mrd. € jährlich plus der zukünftigen Subventionierung weiterer politisch erwünschter osteuropäischer kleinerer EU-Anwärterstaaten ist die Rolle Deutschlands als europäischer Hauptfinanzierer für v.a. US-Interessen bereits entschieden. Ebenso, wie der Niedergang der deutschen und europäischen Industrie.

Es sei denn, wir sind als „politische Partei“ – derzeit wohl eher im Sinne politischer Parteinahme – in der Lage, die absehbar zunehmende Ausplünderung der unteren Klassen inklusive des unteren, ja sogar des mittleren Mittelstands mit einer Politik zu konterkarieren, die den Menschen unmittelbar klarmacht: hier werden unsere Interessen vertreten! Genau das, was die AfD erfolgreich mit ihrer vorgeblichen „Antikriegs-Politik“ und der Attacke auf die Ampel als Vollstrecker der US-Interessen tut – nur eben grundsätzlich anders, nämlich mit sozialistischen Elementen, die nach und nach mit in unserer strategisch und taktisch noch zu durchdenkenden Politik jeder rechten Option das Wasser abgraben könnte. Dazu gehören

- der koordinierte politische Angriff auf die imperialistische Kriegspolitik, die Forderung nach einem Ende des Wirtschaftskriegs, nach sofortigem Ende der Waffenlieferungen
- die Forderung nach einem Ende aller nicht durch die UNO ratifizierten Sanktionen und nach sofortiger Aufnahme von diplomatischen Friedensbemühungen etc.
- die politische Befürwortung der Teilnahme der europäischen Staaten an einem sich ohnehin im Globalen Süden entwickelnden gerechteren Welthandel, um Teil eines prosperierenden Weltwohls werden zu können, was die Einbeziehung mindestens des unteren Mittelstands beinhaltet
- die scharfe politische Ablehnung weiterer Angriffe auf die unteren Klassen, wie Austeritäts-Politik, wie Rüstungsausgaben, wie jedweder Teilnahme an Kriegen, etc.
- die Einführung einer Existenz-sichernden Steuerpolitik, Absicherung des Sozialstaats durch Vergesellschaftungen der im Neoliberalismus privatisierten Staatsbereiche (Gesundheit, Post/Telekom, Rente etc.) und die Förderung politischer Debattenkultur um gerechte Verteilung und Beteiligung, perspektivisch bis hin zur Frage des Sozialismus in Deutschland
- die Ausweitung partizipativer Demokratiemodelle bei gleichzeitigem Ersetzen der kapitalhörigen privatisierten Presselandschaft mit tatsächlich „öffentlich rechtlichen“ Medien
- etc.

Dass sich in der Bevölkerung eine ganz neue Mentalität breitmacht, muss unbedingt von uns richtig verstanden und aufgegriffen werden. Allein in der derzeit laufenden Tarifrunde TVÖD, wo seit Januar 70.000 neue ver.di-Mitglieder hinzugekommen sind, zeigt sich: sehr viele Lohnabhängige sind aufgewacht und verstehen, dass sie vom Staat nichts mehr zu erwarten haben. Mehr noch beginnen sie zu begreifen: Wenn sie den inzwischen teils bedrohlichen Schwund im Portemonnaie mit fortdauernder 7-%iger Inflation finanziell überleben wollen (betrifft den großen ÖD-Niedriglohnsektor in den Eingruppierungen 1-8), dann sind sie auf sich selbst und ihre Kollegen zurückgeworfen. Sie verstehen langsam, welche Bedeutung gewerkschaftliche Organisierung zu ihrem eigenen Vorteil hat. Siehe allein am 23.03.2023 in Hannover 15.000 Teilnehmer/innen am Warnstreik:



3. Was kann in Zukunft ein Landesverband „Was Tun“-Niedersachsen darüber hinaus bedeuten und leisten?

Er kann in Anerkennung des „tiefenindoktrinierten“ Antikommunismus (siehe Mausfeld) einen komplett neuen Zugang zu den unteren Klassen herstellen. Was heißt: immer entlang der materiellen und sozial-kulturellen Interessen der Menschen, mit denen wir in so etwas wie Regional-Organisierung auf dem Land oder Quartiers-Organisierung in der Stadt anhand der Mietenfrage, der Gesundheits-, Schul-, Renten- etc. Probleme gehen. Aber nicht behrend von oben, wie DIE LINKE dies meist praktiziert, sondern als Gleiche, die

grundlegendes Interesse an einem wachsenden Selbstbewusstsein eines/r Jeden/r, an der Eröffnung eigener Handlungsoptionen, an der Selbststeuerungsfähigkeit kollektiver Prozesse und somit an einer materialistisch begründeten solidarischen Kultur haben. Dies ist noch auszubuchstabieren.

4. Da „Was tun“ im Übergangsstadium keine Partei ersetzen kann: welche eigentlich in der Partei angesiedelten Aufgaben kann er übernehmen?

Dies ergibt sich aus unseren am 22.04. begonnenen Diskussionen. Eine unmittelbare politische Praxis könnte beginnen mit der breiten Einladung zu Veranstaltungen mit

- Den „Handwerkern für den Frieden“
- Der Einladung des fristlos gekündigten Betriebsratsvorsitzenden von Amazon Winsen
- Dem Vonovia-Bündnis und Mieterinitiativen
- Der IGM zur Unterstützung der Kampagne „4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich“
- Etc.